Krakauer Zeitung.

Nr. 103. Samstag den 5. Mai 1866

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahm eder Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Nr. 21,515.

Das zum bleibenden Gedächtnisse des Allerhöchsten Vermälungstages Sr. k. k. Apostolischen Majestät unseres allergnädigsten Kaisers Franz Joseph des I. vom Adel und sonstigen Insassen des Brzeżaner Kreises gegründete Stipendium „Elisabethen-Stiftung“ von 63 fl. ö. W. ist für das Studienjahr 1865/6 dem Schüler der VIII. Classe am Brzeżaner Gymnasium, Zeno Korotkiewicz, verliehen worden.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 25. April 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. April d. J. dem Besitzer der Porzellanfabrik in Herend Moriz Fischer in Anerkennung seiner um den Staat sowohl als um sein Vaterland erworbenen hervorragenden Verdienste tarfrei den ungarischen Adel allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. April d. J. den ordentlichen Professor der Mathematik an der Grazer Universität Dr. Ernst Mach zum ordentlichen Professor für Physik an derselben Universität, dann den Dr. Johann Frischauf, Privatdocenten an der Wiener Universität und Assistenten an der Wiener Sternwarte, zum außerordentlichen Professor für Mathematik ebenfalls an der Grazer Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister für Handel und Volkswirthschaft hat den Accessisten Joseph Slamić zum Hülfsämterdirectionsadjuncten bei der Centralseebehörde ernannt.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Festungscommandant zu Alt-Gradisca, Generalmajor Ludwig Freiherr Schneider v. Arno zum Festungscommandanten zu Peterwardein;

der Oberstlieutenant Ferdinand Graf Belrupt, des Geniestabes, zum Obersten und Festungscommandanten zu Alt-Gradisca;

zu Oberstlieutenants die Majore des Generalstabes:

Rudolph Ritter v. Hoffinger und Ferdinand Ritter v. Franz, im Generalstabe;

zu Majoren die Hauptleute erster Classe:

Anton Hiltl, des Geniestabes, in seiner dermaligen Dienstesverwendung;

Romuald Ritter v. Dobrucki, des Infanterieregiments Freiherr v. Ajroldi Nr. 23, in diesem Regimente und

Moriz Bruckner, des Tiroler Jägerregiments Kaiser Franz Joseph, in diesem Regimente.

Quittirung:

Der Rittmeister Otto Graf Eckbrecht v. Dürckheim-Montmartin, des Ruhestandes, mit Majorscharakter ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 5. Mai.

Die preußische Antwort auf die in der Abrüstungsfrage nach Berlin erlassene österreichische Depesche lautet nach der „Nat. Z.“ wie folgt:

Berlin, 30. April 1866.

Graf Károlyi hat mir am 28. die in Abschrift anliegende Antwort der kais. Regierung auf meine an Eu. ...... gerichtete Depesche vom 21. d. M. mitgetheilt. Ich kann Eu. ...... zu meinem Bedauern nicht verhehlen, daß wir in Erwiderung auf unsere Eröffnung vom 21. d. M. eine Kundgebung anderer Art erwartet hatten. Wir hatten, wie ich es damals auf Befehl Sr. Majestät des Königs aussprach, einer näheren Mittheilung über das Maß und die Fristen, in welchen die Verminderung der Kriegsbereitschaft der kais. österreichischen Armee thatsächlich vor sich gehen werde, entgegengesehen, um demnächst in unsern eigenen Abrüstungen mit denen Oesterreichs gleichen Schritt halten zu können, und wir waren dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß das kais. Cabinet eben so sehr wie wir eine vollständige Rückkehr zum Friedensstande im Auge hatte. Das kais. Cabinet scheint sich zwar überzeugt zu haben, daß die Befürchtungen vor offensiven Maßregeln Preußens, welche als Motive der Rüstungen Oesterreichs dienten, grundlos waren, um so unerwarteter aber muß es für uns sein, wenn nunmehr das kais. Cabinet seine am 18. d. M. gemachten und von Sr. Majestät dem Könige mit Bereitwilligkeit angenommenen Entwaffnungsvorschläge nicht glaubt aufrechthalten zu können, dieselben vielmehr nach mehreren Seiten hin wesentlich abändert. Zunächst hatte Graf Mensdorff in seiner Depesche vom 18. April in Aussicht gestellt, daß Oesterreich, wie in den Rüstungen, so auch in der Entwaffnung die Initiative ergreifen werde. Dieses Zugeständniß scheint durch den Wortlaut der Depesche vom 26. April, welche die gleichzeitige Abrüstung vertagt, wieder in Frage gestellt zu werden. Demnächst waren wir dem Vorschlage der kais. Regierung nach dem eigenen Wortlaute desselben dahin beigetreten, daß Se. Majestät der Kaiser zunächst befehlen wolle, die eine Kriegsbereitschaft gegen Preußen fördernden Dislocationen rückgängig zu machen, so wie die darauf bezüglichen Maßregeln einzustellen. Diese Dislocationen hatten sich, wie es von der kais. Regierung selbst anerkannt worden ist, in Gestalt einer Annäherung von Truppenkörpern an die nordwestliche Gränze Oesterreichs über den größeren Theil des Kaiserstaates erstreckt, und durften wir nach dem Vorschlage der kaiserlichen Regierung mit Recht annehmen, daß die beabsichtigte Herstellung des normalen status quo ante sich auf die Gesammtheit jener die Kriegsbereitschaft fördernden Bewegungen erstrecken werde. Statt dessen schränkt die neueste Erklärung der kaiserlichen Regierung die von derselben in Aussicht gestellte Abrüstung ausschließlich auf die Zurückziehung der nach Böhmen zur Vervollständigung der dortigen Garnisonen verlegten Truppentheile ein, welche nach Angabe der kaiserlichen Regierung 10 Bataillone Infanterie betragen. Bezüglich der übrigen Kronländer erwähnt die Depesche nicht einmal Schlesiens, Mährens und Westgaliziens, welche an Preußen gränzen und in welchen notorisch namentlich eine bedeutende Anzahl Cavallerieregimenter, aus entfernten Landestheilen herbeigezogen, aufgestellt sind. Während in den nur Böhmen betreffenden Maßregeln die kaiserliche Regierung ein volles Aequivalent für die Rückkehr Preußens zum Friedensstande zu gewähren meint, spricht sie nunmehr unumwunden die Absicht aus, in den übrigen Theilen des Kaiserstaates diejenigen bedeutenden Truppenbewegungen und Einberufungen von Beurlaubten eintreten zu lassen, welche erforderlich sein werden, um die „italienische Armee“ Sr. Majestät des Kaisers auf den Kriegsfuß zu setzen. Daß zu letzterem Zwecke in der ganzen Monarchie Pferdeeinkäufe in ausgedehntem Umfange erfolgen, geht aus den sichersten Nachrichten hervor. Welche Stärke die kais. Regierung hienach der in den anderen Theilen der Monarchie, mit Ausnahme also Böhmens oder auch etwa der übrigen an Preußen gränzenden Kronländer, aufzustellenden kriegsbereiten Armee zu geben beabsichtigt, wird natürlich allein von dem Urtheile der kais. Regierung und von der Bedeutung abhängen, welche sie der Gefahr des Angriffes beimißt, von welcher sie sich bedroht glaubt.

Die österreichische Depesche enthält hienach die Forderung, daß Preußen seine seit dem 28. März unverändert gebliebenen, an sich bescheiden bemessenen Defensivrüstungen abstellen solle, während Oesterreich zwar seine Garnisonsverstärkungen aus Böhmen zurückzieht, im Uebrigen aber seine Rüstungen behufs Herstellung einer kriegbereiten Armee ausdehnt und beschleunigt.

Ich kann Eu. ...... nicht verhehlen, daß wir auf diese Forderung nach dem Austausche der beiderseitigen Erklärungen vom 18. und 21. April, welche von uns und von Europa als eine Bürgschaft des Friedens begrüßt worden sind, nicht vorbereitet waren. Die kais. Regierung führt zur Rechtfertigung der veränderten Haltung, welche sie mit der Depesche vom 26. April annimmt, die Nachrichten an, welche ihr aus Italien zugegangen sind. Nach denselben soll die Armee des Königs Victor Emanuel sich in Bereitschaft gesetzt haben, um zu einem Angriff auf Venezien überzugehen. Die Nachrichten, welche uns aus Italien direct und durch Vermittlung anderer Höfe zugehen, lauten übereinstimmend dahin, daß in Italien Rüstungen von bedrohlichem Character gegen Oesterreich nicht stattgefunden haben und befestigen uns in der Ueberzeugung, daß ein unprovocirter Angriff auf den österreichischen Kaiserstaat den Intentionen des Florentiner Cabinets ferne liege.

Sollten in der Zwischenzeit und in den jüngsten Tagen militärische Vorbereitungen in Italien begonnen haben, so würden dieselben wahrscheinlich ebenso wie unsere am 28. März ergriffenen Maßregeln als eine Folge der von Oesterreich ausgegangenen Rüstungen angesehen werden dürfen. Wir sind überzeugt, daß die italienischen Rüstungen eben so bereitwillig als die diesseitigen abgestellt werden würden, sobald die Ursachen, durch welche sie veranlaßt wurden, fortfielen.

Im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Aufhebung der Spannung, welche auf den Beziehungen der Politik und des Verkehrs gegenwärtig lastet, ersuchen wir daher die kaiserl. Regierung nochmals, daß sie unbeirrt an dem Programme festhalten wolle, welches sie selbst in ihrer Depesche vom 18. April aufgestellt hat und welches Se. Majestät der König im versöhnlichsten Sinne und in Bethätigung seines persönlichen Vertrauens zu Sr. Majestät dem Kaiser unverzüglich angenommen hatte. Wir müssen in Ausführung desselben erwarten, daß zunächst nicht nur alle seit Mitte März nach Böhmen, Mähren, Krakau und Oesterr.-Schlesien gezogenen Truppen in ihre früheren Garnisonen zurückkehren, sondern auch alle in jenen Ländern stehenbleibenden Truppenkörper wieder auf den früheren Friedensfuß versetzt werden. Ueber die Ausführung dieser Maßregeln, also die Herstellung des status quo ante, sehen wir einer baldigen authentischen Benachrichtigung entgegen, da der von der kaiserlichen Regierung zur Zurückführung der gegen unsere Gränzen versammelten Truppen in den Friedenszustand selbst auf den 25. April festgesetzte Termin längst verstrichen ist. Wir hoffen, daß die kaiserliche Regierung demnächst durch nähere Ermittlungen die Ueberzeugung gewinnen werde, daß ihre Nachrichten über die aggressiven Absichten Italiens unbegründet waren und daß sie alsdann zur effectiven Herstellung des Friedensfußes in der gesammten k. k. Armee schreiten und uns dadurch zur Genugthuung Sr. Majestät des Königs dasselbe Verfahren ermöglichen werde. So lange dieser unseres Erachtens allein richtige und wie wir glauben durften, beiderseits angenommene Weg nicht eingeschlagen wird, ist es für die königl. Regierung nicht thunlich, der nächsten Zukunft, in welcher ihr wichtige und folgenschwere Verhandlungen mit der kais. Regierung bevorstehen, anders als unter Feststellung des Gleichgewichts in der Kriegsbereitschaft beider Mächte entgegenzugehen. Von Verhandlungen, welche von einer Seite bewarnet, von der anderen Seite in voller Entwaffnung geführt würden, kann sich die königl. Regierung einen gedeihlichen Fortgang nicht versprechen.

In diesem Sinne bedauert sie es lebhaft, daß die kais. Regierung auf den diesseitigen Vorschlag nicht hat eingehen wollen, auch die übrigen Bundesregierungen um Einstellung ihrer miliärischen Vorkehrungen zu ersuchen, deren thatsächliches Vorhandensein von den betreffenden Regierungen selbst nicht in Abrede gestellt wird. Sie hat sich ihrerseits dadurch nicht abhalten lassen, an die k. sächsische Regierung, deren Rüstungen am weitesten vorgeschritten sind, die entsprechende Aufforderung zu richten; sie würde aber den Erfolg derselben und damit die Interessen des Friedens als gesicherter angesehen haben, wenn die kais. österreichische Regierung sich zu dem gleichen Verfahren hätte entschließen können.

Eu. . . . ersuche ich ergebenst, diesen Erlaß dem kaiserl. österr. Herrn Minister des Aeußern vorzulesen und ihm Abschrift davon zurückzulassen.

Der preußische „Staatsanz.“ schreibt: Auf die österreichische Depesche vom 26. April, welche Vorschläge zur definitiven Regelung der Elbeherzogthümerfrage enthält, ging noch keine amtliche Antwort ab. Die Wichtigkeit der Frage erfordert eine eingehendere Erwägung. Der preußische Gegenvorschlag muß sich auf einem anderen Boden bewegen, als die österreichischen Vorschläge, welche den Wiener Frieden und den Gasteiner Vertrag ignoriren. (?) Preußen hält an diesen Verträgen und den daraus erworbenen Rechten; wie Oesterreich die in Aussicht gestellte Entscheidung durch den Bund damit vereinigen will, ist nicht abzusehen. Preußen seinerseits kann nicht gesonnen sein, den gemeinschaftlich mit Oesterreich erkämpften, durch völkerrechtliche Verträge erworbenen Besitz von einer anderen als der eigenen freien Entscheidung abhängig zu machen.

Die „N. A. Z.“ wird nachgerade reif für Bedlam. Das Blatt der persönlichen Politik des Grafen Bismarck schlägt uns folgendes „Geschäft“ vor: man zahlt uns unsere Staatsschuld: 30 Millionen baar auf die Hand, 2600 Millionen in einer „Anweisung auf die preußische Allianz.“ „Diese Allianz würde Oesterreich in den Stand setzen, jedes Jahr 50 Millionen an seinem Kriegsbudget zu sparen und in 50 Jahren würde es seine gesammte Schuld gezahlt haben.“ Und die Leistung Oesterreichs für jene Baarsumme und für diese Anweisung? Oh, nicht der Rede werth. Allerdings, Preußen kann eine solche Summe „nicht blos für Ansprüche auf die nordalbingischen Herzogthümer zahlen“; natürlich nicht. Aber „Oesterreich könnte ein Aequivalent in der Stellung Preußens zum deutschen Bunde bewilligen, ein Aequivalent, dessen Grundzüge in dem preußischen Reformantrag vorgezeichnet worden.“ Es ist das Unerhörteste, schreibt die „Constit. Oest. Ztg.“, was irgend einer Macht, geschweige denn einer Großmacht, geboten werden kann, daß sie nicht blos ihr Recht, nein, daß sie auch ihre Ehre verschachert. Wir wollen und können nicht glauben, daß die kön. preußische Regierung sich mit einer Politik identificirt, die die Ehre lediglich mit der Elle mißt und nur in Thalern und Pfennigen auszudrücken vermag. Wir mögen arm sein an Gold und Silber, aber es gibt Zeiten, wo Eisen und Blei höher im Preise stehen und mit Eisen und Blei können wir und, wenn es durchaus nicht anders sein soll, werden wir zahlen.

Wie ein Dresdener Telegramm des „Frdbl.“ meldet, hat der preußische Gesandte am sächsischen Hofe, Herr v. Schulenburg, bereits gestern für alle Eventualitäten seine Effecten in Reisebereitschaft setzen lassen.

Sachsen, schreibt man der „N. Fr. Pr.“, wird voraussichtlich sofort auf Grund des Artikels 11 der Bundesacte die Intercession des Bundes in Anspruch nehmen, da notorisch sein Gebiet bedroht ist, und nicht blos seine Genossen in der Augsburger Conferenz, nicht blos Oesterreich, sondern auch Hannover und Kurhessen werden ihm zur Seite stehen. Die genannten beiden Regierungen waren nur deshalb in Augsburg nicht vertreten, weil sie nicht eingeladen worden, und das hat seinen Grund lediglich in den persönlichen Mißhelligkeiten, welche zwischen v. d. Pforten und den leitenden Ministern Hessens und namentlich Hannovers (Grafen Platen) bestehen. Insbesondere ist der Kurfürst entschlossen, sich Bismarck nicht zu fügen und zu Oesterreich zu stehen. Mögen mir — schrieb er — die Preußen auch das Land besetzen, so lange wie die Franzosen und Hieronymus werden sie wol nicht darin bleiben, und auch mein Großvater ist wieder zurückgekehrt.“

Für den in der österreichischen Depesche vom 26. April vorgesehenen Fall, daß Oesterreich in Ermanglung eines Einvernehmens mit Preußen sich bewogen finden würde, die Herzogthümerfrage dem Bunde zur Entscheidung zu übergeben, wird, wie man der „N. Fr. Pr.“ schreibt, in Frankfurt sofort der Antrag gestellt werden — und scheint dafür, in Uebereinstimmung mit dem Bundesbeschluß vom 7. April v. J., im voraus die Majorität gesichert — die ruhende holstein'sche Stimme unmittelbar zu activiren und einen Gesandten des Herzogs Friedrich zum Eintritte in die Bundesversammlung legitimirt zu erklären.“

Am 27. April, schreibt das „Neue Fremdenblatt“, ging eine Circulardepesche des Grafen Mensdorff an alle Vertreter Oesterreichs im Auslande ab, welche gleichsam eine Antwort auf die Circulardepesche Lamarmora's bildete. In derselben wurde abermals ausgesprochen, daß der kaiserlichen Regierung nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg und daß sie nur durch Provocationen Preußens und Italiens sich gezwungen gesehen, die österreichische Armee auf den Kriegsfuß zu bringen. Es würde ihren sehnlichsten Wünschen entsprechen, wenn der Krieg vermieden werden könnte; sie müsse aber Vorsichtsmaßregeln treffen, um bei einem feindlichen Einfalle nicht unvorbereitet gefunden zu werden. — Diese Circular-Depesche dementirt schon an und für sich die Nachricht, daß Lord Bloomfield von dem Grafen Mensdorff eine formelle Kundgebung des österreichischen Friedenswunsches verlangte, damit England interveniren könne; denn am 28. war diese Circulardepesche, welche eine solche Kundgebung enthält, der englischen Regierung schon bekannt. Lord Bloomfield hat überhaupt niemals Vermittlungsanträge gemacht.

Der „Kölnischen Ztg.“ wird aus Florenz gemeldet, Garibaldi sei, wie gerüchtweise verlautet, ein Flotten-Commando angeboten worden.

Nach einem Telegramm aus Genua ist ein Massenaufruf an die Freiwilligen definitiv beschlossen. Die Altersclassen 1834 bis 1840 sind auf den 9. Mai einberufen, wodurch die Armee auf 400.000 Mann gebracht ist. Dortige Kauffahrteischiffe sind für Kriegstransporte beansprucht. Italienische Nachrichten aus guter Quelle melden ferner: Cugia und Griziotti sind im Auftrage der Linken der Kammer nach Caprera abgegangen. Der Ministerrath hat gegen Lamarmora's Einsprache beschlossen, Garibaldi einzuladen, nach Florenz zu kommen.

Die in Kopenhagen erscheinende „Gen.-Corr.“ berichtet aufs Neue, daß die preußische Regierung Dänemark die Rücklieferung Nordschleswigs (die Insel Alsen und die Stadt Flensburg inbegriffen) angetragen haben soll, wenn Dänemark für den Fall des in den höheren Kreisen Berlins für unvermeidlich erachteten Krieges eine Allianz mit Preußen abschließen und so die dänische Armee und Flotte zur Verfügung Preußens stellen würde. Die Unterhandlungen sollen inzwischen nicht officiell von dem preußischen Minister-Präsidenten, sondern unter der Hand durch den ehemaligen Chef-Redacteur der „Kreuzzeitung“, Justizrath Wagener, eingeleitet worden sein. Der dänische Conseils-Präsident, Graf Frijs war dem entsprechenden Vorschlage entschieden abhold. Mehrere seiner Collegen sollen hingegen die Berücksichtigung der Proposition empfohlen haben. (Preußen hat somit an fünf Stellen politische Minen angelegt. Zuerst am Bundestag, indem es verlangt, daß ein Parlament zusammentrete, bevor Deutschland auch nur die preußischen Vorschläge kennt. Sodann in der Abrüstungsfrage, indem es verlangt, daß Oesterreich entwaffne, während sich Italien bis an die Zähne rüstet; ferner durch seine Cooperation mit dem Cabinet von Florenz, welche dort zu einem Zusammenstoß zwischen Oesterreich und Italien nothwendig führen muß; ferner durch Anlockung Dänemarks und endlich durch seine Drohungen gegen Sachsen, das anscheinend occupirt werden soll. Rechnen wir noch die heutigen Nachrichten aus Pola und Agram (s. u. österreichische Monarchie), so kommt zu Blut und Eisen noch etwas Mord und Brand.)

Die Pariser Nachrichten sind voll Widerspruch. Glaubt man dort an den Krieg wirklich nicht oder will man an ihn nicht glauben? Der „F. P. Ztg.“ schreibt ihr in der Regel nicht schlecht orientirter Pariser Correspondent: Die Personen in der Umgebung des Kaisers und die Marschälle versichern, es werde

keinen Krieg geben. Das verhindert aber den Kriegsminister nicht, daß er im Stillen bedeutende Quantitäten von Zelten und Ausrüstungsgegenständen anfertigen ließ und daß von der Errichtung eines Lagers zu Sathoney (bei Lyon) wie im Jahre 1859 unter dem Befehl des Generals Montauban die Rede ist.

Ein Telegramm aus Brüssel, 3. d., meldet: In finanziellen Kreisen wird positiv versichert, daß 10,000 Franzosen nach Rom abgegangen seien. Pariser Nachrichten zufolge besteht vorerst nur die Absicht, diese Maßregel zu ergreifen.

Die „France" spricht unerwarteter Weise von plötzlichen und glücklichen Inspirationen, die eine unerwartete Beschwichtigung herbeiführen können. Die „Independance belge" drückt sich deutlicher aus und behauptet, daß Frankreich die Initiative von energischen Schritten ergriffen hat, um eine Explosion zu verhindern. Diese Anstrenguugen werden von Seiten Englands (?) und Rußlands kräftig unterstützt.

Dem „Wanderer" wird aus Stuttgart, 3. d., gemeldet: Nach Petersburger Nachrichten ist Oberst Weymann der Ueberbringer eines Handschreibens des Czars an den preußischen König, in welchem auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Kaiserhauses zu regierenden deutschen Fürstenfamilien hingewiesen wird, welche dem Czar die Pflicht auferlegen, deren Existenz im Falle sie bedroht sei, zu schützen.

Die „Indep." veröffentlicht ein aus Wien vom 2. d. datirtes Telegramm, laut welchen alle Nachrichten in Betreff eines Garantie-Anerbietens von Seite Frankreichs, sowie alle Angaben von vermittelnden Schritten, welche England gemacht haben soll vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Einen eifrigen Vertheidiger hat Oesterreich in Paris an der „Epoque", die findet, Oesterreich habe sich nichts vorzuwerfen; Preußen und Italien und die seiner Verbündeten, die gegen Oesterreich hetzen, seien Schuld an Allem. Die „France" bittet die „Epoque" um etwas mehr Deutlichkeit über „die Bundesgenossen, welche diese Mächte gegen Oesterreich hetzen." Die „Epoque" wird sich hüten, gegen eine Verwarnung den Ruhm zu ärnten, „deutlicher" geworden zu sein. Die französische Regierung hat nämlich, wie verlautet, Weisung ertheilt, den Blättern einzuschärfen, für Frieden und Versöhnung zu sprechen, sich aber wohl zu hüten Frankreich so hinzustellen, als sei es dem Conflicte nicht fremd.

Der „Temps" beleuchtet heute die Artikel des officiösen „Pays," welche gegen die Rüstungen Oesterreichs in Venezien gerichtet sind, und findet die letzteren durchaus natürlich; er bemerkt unter anderem: Oesterreich hätte gewiß besser gethan, eine Provinz aufzugeben, die es schwächt, anstatt es zu stärken; aber man muß dessen ungeachtet zugestehen, daß das eine Politik ist, die man leichter anrathen als praktisch durchführen kann, und sobald Oesterreich sich nicht dazu entschließen könne, muß man billigerweise anerkennen, daß es eben dadurch genöthigt ist, seine Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Indem es nach der Seite Italiens hin rüstet, zeigt es und erduldet es zugleich die Uebelstände seiner Lage. Aber die gesunde Vernunft sagt, daß es Niemanden bedroht, besonders von dieser Seite, wo seine Offensive unvermeidlich die Intervention Frankreichs nach sich ziehen würde. Welche Streitkräfte Oesterreich auch in Italien ansammeln mag, Italien kann ruhig schlafen, wenn es nicht angreift. In dieser Frage scheint uns die officiöse Presse, wenn sie darauf besteht, in Wien die Gefahr zu suchen, auf ganz falschem Wege zu sein und sich von dem öffentlichen Gefühl zu trennen, welches sich unverrückbar gegen Berlin wendet und Herrn v. Bismarck als denjenigen bezeichnet, der den europäischen Frieden stört.

Die bairische Regierung wird sicherem Vernehmen nach die Feststellung eines Termines für die Berufung eines Parlaments ablehnen. Baiern verlangt Kenntniß der dem Parlament zu machenden Vorlagen, da dasselbe nicht als constituirende Versammlung aufzufassen sei.

Die Anwesenheit des Herrn v. Roggenbach in Berlin veranlaßt zu dem Glauben, daß ein großer neuer Schachzug im Plane sei, und ein Gerücht will wissen, daß Graf Bismarck, der, wenn er beim Bund auf Hindernisse stößt, das deutsche Parlament nach Berlin berufen wolle, mit Herrn v. Roggenbach wegen Bildung eines Reichsministeriums unterhandele, an dessen Spitze dieser in Süddeutschland populäre Staatsmann treten solle, wodurch Graf Bismarck den Beweis liefern wolle, daß er mit der Parlaments-Berufung wirklich liberale Zwecke verfolge. Durch die von uns bereits mitgetheilte Erklärung des Herrn v. Roggenbach ist allen diesen Gerüchten und Muthmaßungen jeder Halt genommen. Herr v. Roggenbach ist übrigens bereits von Berlin abgereist.

Die Vertreter der Schutzmächte bei der jetzt in Paris tagenden Donaufürstenthümer-Conferenz haben in Folge Instructionen ihrer Cabinete und auf Grund eines am 2. d. gefaßten Conferenz-Beschlusses eine Declaration an je ihre Consuln in Bukarest und Jassy erlassen. In dieser wird der Bevölkerung natürlich auf deren Risiko das weitere Vorgehen überlassen, jedoch darauf hingewiesen, daß die Verträge strengstens eingehalten werden müssen. Die Divans beider Fürstenthümer können einen Fürsten wählen, doch muß dieser ein Einheimischer sein. Fällt die Wahl beider Länder auf eine und dieselbe Persönlichkeit, so werden die Garanten eine solche factische Union anerkennen; spricht sich jedoch eines der beiden Länder bei der Wahl ihres Fürsten in der Majorität für eine andere Person aus, so haben hinfür zwei Fürsten, einer in der Walachei und einer in der Moldau, zu regieren. Prinz Hohenzollern hat sonach keine Chancen mehr.

„Vidov Dan" erklärt sich gegen die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum Fürsten Rumäniens, weil die Politik des rumänischen Fürsten unter allen Umständen durch und durch patriotisch und national sein müsse, ein fremder anderwärts nach anderen Grundsätzen erzogener Prinz jedoch keine Garantie hiefür biete. Vielmehr erfordere es das Interesse der edlen rumänischen Nation, daß sie einen Eingebornen und auf Lebenszeit zum Herrscher erwähle.

Nachrichten aus Athen zufolge wird insgeheim eine Expedition nach der Türkei vorbereitet, um eine allgemeine Erhebung der Griechen in Thessalien, Macedonien und Epirus hervorzurufen; Rußland und Italien sollen das Vorhaben begünstigen.

Der Senat der Vereinigten Staaten hat der Ernennung des Herrn Lewis D. Campbell zum Gesandten bei der Regierung des mexicanischen Ex-Präsidenten Juarez die Bestätigung verweigert. Dadurch dürften die Projecte der Washingtoner Regierung, einen Gesandten bei Juarez zu beglaubigen, ein Ende gefunden haben.

Nach Berichten aus Jamaica hat die königliche Untersuchungscommission ihre Arbeiten beendet, und ihre Mitglieder, Russell, Gurney und J. B. Maule, sind nach England zurückgekehrt. Sir Henry Storks wird vorläufig, bis der Colonialminister auf Grund des Commissionsberichtes eine Entscheidung getroffen, sein Amt als interimistischer Gouverneur der Insel fortführen. Derselbe hat die Legislatur bis zum 8. Mai vertagt.

Landtagsangelegenheiten.

[80. Sitzung des galizischen Landtages am 28. April 1866.]

Nach einem solennen, in der r. k. Dom- und in der gr. k. Stadtpfarrkirche abgehaltenen Dankgottesdienste eröffnete der Landmarschall Fürst Leo Sapieha die Sitzung um 12 Uhr Mittags.

Anwesend: 121 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: Se. Excellenz der k. k. Statthalter FML. Freiherr v. Paumgartten und der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Abg. H. Graf Wodzicki verliest das Protocoll der letzten Sitzung, welches anstandslos genehmigt wird.

Folgt die Verlesung eines vom Grafen Golejewski und von 28 anderen Abgeordneten unterzeichneten Protestes gegen den in der letzten Sitzung über Antrag des Landesausschusses mit dem Zusatzantrage des Grafen Gołuchowski gefaßten Beschluß in Betreff des Gebrauchs der polnischen und ruthenischen Sprache im Landtage und Landesausschusse.

Abg. Dr. Zyblikiewicz kündigt die Einbringung einer Gegenerklärung zu diesem Proteste an.

Die Versammlung geht zur Tagesordnung über und Abg. v. Boczkowski legt den Bericht des Landesausschusses über die Anträge der Abg. Dr. Koczyński und Dr. Zyblikiewicz in Betreff der Aenderungen in der Zusammensetzung der Landesvertretung vor. In Erledigung dieser Anträge stellt der Landesausschuß folgenden Antrag:

Der h. Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag fordert die k. k. Regierung auf, in der nächsten Landtagssession eine auf die Reform der Zusammensetzung der Landesvertretung bezügliche Vorlage einbringen zu wollen, welche im Allgemeinen den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes entsprechen, insbesondere aber den Städten eine zahlreichere Vertretung im Landtage zuerkennen würde."

Nach Eröffnung der Debatte über diesen Antrag stellt der Abg. Pawlikow das Amendement, nach den Worten: „den Städten" einzuschalten: „und den Landgemeinden."

Dr. Kapiszewski beantragt zum Antrage des Landesausschusses folgenden Zusatz: „und eine bestimmte Qualification der geistigen Bildung der Abgeordneten, welche in Hinkunft in den Landtag gesetzlich gewählt werden können, feststellen würde."

L. Graf Wodzicki beruft sich auf die Geschäftsordnung und beantragt, deß der Antrag des Landesausschusses in zwei Absätzen zur Abstimmung gelange, und erklärt ferner, er werde gegen den letzten Absatz des Antrages des Landesausschusses, angefangen von den Worten: „insbesondere aber u. s. w." stimmen.

Abg. Ławrowski stellt das Amendement, für den Fall der Annahme des Antrags des Landesausschusses den Wunsch auszusprechen, damit im Interesse des hierländigen Handels die Städte Stanislau und Dukla Repräsentanten im Landtage erhalten.

Abg. v. Krzeczunowicz erklärt sich gegen die Amendements und spricht für die Annahme des Antrags des Landesausschusses.

Nach einer Ansprache des Referenten v. Boczkowski wird zur Abstimmung geschritten. Der erste Absatz des Antrages des Landesausschusses wird angenommen, die Amendements der Abg. Pawlikoff und Ławrowski werden abgelehnt, worauf auch der zweite Absatz des Antrags des Landesausschusses bei namentlicher Abstimmung mit der Majorität von 60 gegen 55 Stimmen abgelehnt wird.

Ferner wird auch das von Dr. Kapiszewski gestellte Amendement abgelehnt, und hierauf der Antrag des Landesausschusses nach Streichung des letzten Absatzes in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Hierauf ergreift der Landmarschall das Wort, um die dritte Landtagssession zu schließen. In der Ansprache sagt der Landmarschall, daß jeder Abgeordnete nach fünfmonatlicher schwerer Arbeit mit der Ueberzeugung nach Hause zurückkehrt, sich um das Land wohl verdient gemacht zu haben. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die wichtigeren Beschlüsse des Hauses und weiset auf deren Tragweite für das Wohl des Landes hin. Das Gemeindegesetz und die Gemeindestatute für die Städte Lemberg und Krakau werden zu Grundlagen der Landesautonomie, die Se. Majestät dem Kaiser unterbreitete Bitte wegen Einsetzung eines Hofkanzlers für Galizien, so wie die vom Hause beschlossene administrative Landeseintheilung als Grundlage der politischen Organisirung des Landes dienen. Hierauf erwähnt der Redner die Verwaltung der Landesfonde, das genehmigte Budget, das Straßenbaugesetz, den Beschluß über die Aufhebung des Terna-Vorschlages, das contrahirte Anlehen zur Linderung des Nothstandes. Sodann drückt der Landmarschall Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter und dem Herrn Regierungscommissär, k. k. Hofrath Ritter von Possinger für die gedeihliche Unterstützung der Arbeiten des Landtages den Dank aus. Als das Haus diesen Ausdruck des Dankes mit lautem Beifall aufnahm, sagt der Redner: „Die Dankbarkeit ist eine schöne und edle Tugend, sie ist Ihre Tugend. In diesem Gefühle der Dankbarkeit, welche wir vor Allem Sr. Maj. dem Kaiser schulden, rufen wir dreimal: Hoch dem Kaiser und unserem König.

Die ganze Versammlung erhebt mit Enthusiasmus den dreimaligen Ruf: „Es lebe der Kaiser und unser König!"

Se. Excellenz der k. k. Statthalter hielt folgende Ansprache:

„Am heutigen Schlußtage der dritten Sitzungs-Periode des galizischen Landtages trete ich abermals in Mitte dieser hohen Versammlung in der doppelten Absicht, sowohl um dieselbe nochmals in ihrer Gesammtheit vor deren Auseinandergehen zu begrüßen, als auch um jedem einzelnen Mitgliede dieses hohen Hauses vor dem Scheiden ein aufrichtiges Lebewohl zuzurufen!

Blicke ich auf die eben vollendete Sitzungs-Periode zurück, so kann ich wohl mit allem Rechte sagen, daß jene Zuversicht, welche ich vor fünf Monaten an dieser Stelle bei Eröffnung des Landtages über dessen zu gewärtigenden Erfolg ausgesprochen hatte, sich nach jeder Richtnng hin bewährt und erfüllt habe! Denn Sie meine Herren haben die Ihnen gewordene ehrenvolle Aufgabe mit dem vollsten Ernste erfaßt und sich deren Lösung mit seltener unermüdeter Ausdauer hingegeben, hiedurch aber auch allein es ermöglicht, daß alle Vorlagen der Regierung und viele andere für das Landes-Interesse hochwichtige Angelegenheiten einer gründlichen, selbst der eindringlichsten Erwägung und Berathung unterzogen und dieselben zur Erledigung und zur Beschlußfassung gebracht werden konnten. Hiefür, sowie für die immer gleich bewährte Haltung ist der hohen Versammlung aber auch die Zufriedenheit und das Wohlwollen von höchster Stelle bereits kundgegeben worden, und jeder Einzelne von Ihnen meine Herren — dessen bin ich gewiß — wird in dieser huldvollen Anerkennung Sr. Majestät unseres Kaisers und Herrn nicht nur den schönsten Lohn für seine eigene Mühe und seine aufopfernde Hingebung gefunden, sondern auch den belebenden Impuls zu erneuertem weiterem Wirken erkannt haben!

Unter diesen Verhältnissen und nach solch' erzielten Resultaten erübrigen mir nur wenige Schlußworte; und diese sind Worte des Dankes, welchen ich dem hohen Hause und dessen hochverehrtem Leiter dem Herrn Landmarschall Fürst Sapieha im Namen der Regierung noch aussprechen muß für das offene Entgegenkommen und das bei jedem Anlasse willfährig geübte Zusammenwirken mit dem Vertreter der Regierung, Herrn Hofrath von Possinger. Es hat sich hiedurch — wie ich sicher hoffe — zwischen der Regierung und der hohen Versammlung ein Verhältniß gegenseitigen Vertrauens und jener Eintracht gebildet, welche die eben vollendete Sitzungs-Periode noch lange und weit hinaus überdauern wird, und die zugleich zur sicheren Grundfeste für den künftigen Weiterbau dienen soll, wenn unseres Kaisers und Königs Wille die verehrten Vertreter dieses Kronlandes zur erneuerten Thätigkeit, zu erneuertem Wirken an diese Stelle wieder berufen wird!

Daß dies in Bälde und unter allen für dies Land sowohl, als für die Gesammtmonarchie glücklichsten und gesegnetsten Verhältnissen geschehen möge, das wolle der Allmächtige fügen!

Mit diesem tiefgefühlten Wunsche spreche ich daher meine Herren Ihnen Allen mein herzlichstes Lebewohl aus, mit welchem ich sofort den Zuruf verbinde: Auf frohes Wiedersehen!"

Nach dieser durch öfteren Beifall unterbrochenen und am Schlusse mit anhaltenden Beifallsrufen der ganzen Versammlung aufgenommenen Ansprache ergreift der Bischof von Manastyrski das Wort und drückt in einer längeren Ansprache im Namen des ganzen Landtags dem Landmarschall den aufrichtigsten Dank für seine Mühe und Aufopferung bei der Leitung der Landtagsverhandlungen aus, wobei er die ausgezeichneten und dauernden Verdienste des Landmarschalls um das moralische und materielle Wohl des Landes hervorhebt. Der ehrwürdige Redner wendet sich sodann an den anwesenden k. k. Regierungscommissär, Herrn Hofrath Ritter v. Possinger und drückt ihm für die eifrige, einsichtsvolle und wirksame Unterstützung der Landtagsarbeiten in rührenden Worten den Dank und die Anerkennung des ganzen Landtages aus.

Die Worte des ehrwürdigen Redners, welche die Dankbarkeit des Landtages sowohl für den Landmarschall, als auch für den Vertreter der Regierung kundgaben, wurden vom Hause mit allgemeinen Zurufen und mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Schließlich ergreift noch der Landmarschall das Wort und dankt sichtlich bewegt für die so ehrenvolle und allgemeine Anerkennung.

Vor dem Sitzungsschluß verliest der Secretär Abg. Sawczyński das Protocoll dieser letzten Sitzung, welches anstandslos angenommen wird.

Schluß der Sitzung um 2 Uhr Nachm.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Pest, 3. Mai. Die 67er-Commission hielt heute unter Vorsitz des Grafen Andrássy eine Sitzung, in welcher beschlossen wurde, zur Beantwortung der Fragen, welches sind die gemeinsamen Angelegenheiten und wie sind sie zu behandeln? eine aus 15 Mitgliedern bestehende Subcommission zu ernennen; in dieselbe wurden gewählt: Graf Andrássy, Graf Apponyi, Csengery, Deák, Eötvös, Tiest, Ghyczy, Gorové, Hollán, Lonyay, Nyáry, Graf Mikó, Somssich, Tißa, Ivánka. Das Eloborat dieser Subcommission wird, ehe man an die Detailberathung geht, dem Hause vorgelegt werden. Die Subcommission hält Samstag ihre erste Sitzung. Die 12er-Commission hielt heute Vormittags ebenfalls eine Sitzung, welche Abends 5 Uhr fortgesetzt wird. Es handelt sich um die Einreihung der Mitglieder in die noch zu wählenden fünf Commissionen, deren jede aus ungefähr 80 Mitgliedern bestehen wird. Die nächste Sitzung des Repräsentantenhauses findet Montag statt; Gegenstand derselben: Bericht des Grafen Andrássy über die Ueberreichung der Adresse, dann wahrscheinlich Bericht der 12er-Commission.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Mai. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin statteten gestern dem Prinzen Alexander von Hessen und dessen Gemalin im Hotel „zum römischen Kaiser" einen Besuch ab; der Prinz verläßt morgen Wien und begibt sich nach Stuttgart (nicht nach Warschau, wie gemeldet wurde).

Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie ist am 3. d. in Karlsbad angekommen.

Dem tirolischen Landesausschusse ist aus Anlaß der an Se. kaiserl. Hoheit den Herrn Erzherzog Carl Ludwig gerichteten Dankadresse wegen dessen erfolgreicher Verwendung für Beischaffung von Geldmitteln zur Errichtung einer Versorgungsanstalt für unheilbare und gefährliche Irre nachstehendes Schreiben zugekommen:

„An den Ausschuß des tiroler Landtags! Gestern erhielt ich die vom tirolischen Landesausschusse laut Beschluß des Landtags mir zugesendete Dankadresse bezüglich der Errichtung einer Versorgungsanstalt für unheilbare und gefährliche Irre.

„Da ungeachtet der Opferwilligkeit des Landes durch die veranstalteten Sammlungen die erforderliche Summe nicht aufgebracht werden konnte, so gereicht es mir zur besonderen Freude, das Fehlende mittelst der von Sr. Majestät dem Kaiser allergnädigst genehmigten Zuwendung aus dem Erträgnisse einer Wohlthätigkeits-Lotterie ergänzt und die Errichtung einer so wichtigen und gemeinnützigen Anstalt ermöglicht zu sehen.

„Gern werde ich der Bitte des Landesausschusses willfahren, indem ich Sr. Majestät dem Kaiser die vom Landtage ausgesprochenen Gefühle des innigsten Dankes und der unwandelbaren Treue unterbreiten werde.

„Schließlich meinen herzlichsten Dank für die vom Landtage mir und meiner Familie dargebrachten freundlichen Wünsche.

Wien, am 23 April 1866.

Erzherzog Carl m. p."

Die Tiroler Behörden sind nach der „Debatte" in Folge ihrer Anfrage, ob sie die in Besorgniß erregender Zahl aus Piemont eintreffenden Recrutirungsflüchtlinge nach Italien zurückschicken oder in Oesterreich interniren sollen, von den betreffenden Centralstellen angewiesen worden, die erwähnten Flüchtlinge nach Fremd-Italien zurückzusenden.

Staatsrath v. Wydenbrugk hat sich von Wien nach München begeben.

Wie eine Localcorrespondenz meldet, will die akademische Verbindung „Hilaria" unter der hiesigen Studentenschaft Unterschriften sammeln und eine Petition an Se. Majestät den Kaiser richten, um die Bewilligung der Errichtung einer akademischen Legion für den Kriegsfall zu erlangen.

In Prag wird, wie gerüchtweise verlautet, eine Monstre-Petition an Se. Majestät den Kaiser um Organisirung einer allgemeinen Landesvertheidigung vorbereitet.

Ueber den Selbstmord des Abgeordneten Ant. Wurmb werden nun allmälig die näheren Umstände bekannt und sichergestellt, daß derselbe den Selbstmord schon länger im Sinne hatte. Die Wahl des „Wie?" beschäftigte ihn so gewaltig, daß er in große Selbstvergessenheit gerieth. In den letzten Tagen hatte er an mehreren Orten von einer „langen Reise", vom „nie mehr sehen" ꝛc. gesprochen. Am Vortage mußte er zum festen Entschluß gekommen sein, weil er an der Stelle zweimal gesehen wurde. Am 27. v. vollführte er die That auf eine wohl überlegte Weise. Zwischen dem zweiten und dritten Wächterhause von Neumarkt gegen Grieskirchen ist eine Bahnübersetzung. Zu beiden Seiten der Bahn laufen paralell Erderhebungen (Schneedämme) und zwischen diesen und dem Schienenwege Wassergräben. Man übersieht die Strecke von den Wächterhäusern genau; die Mondnacht war, nach der Aussage des vorgeladenen Maschinenführers, eine ungewöhnlich helle, die Wächter waren am Posten und dennoch ward Wurmb von Wächtern — Maschinenführer — Heizern und den zwei Conducteuren nicht gesehen. Er hatte sich, nach der genauesten Beurtheilung des Platzes und der Lage, in der man ihn als Leiche fand, versteckt und ist aus seinem Versteck beim Nahen des Zuges hervorgesprungen. Dieser Punct des Verstecks war die Stelle, wo rechts unter der Uebersetzung der Erddamm und der Wassergraben beginnt und da eine Vertiefung bildet. In dieser niedern Stelle muß er „sprungfertig" gehockt haben und muß auch den Sprung unmittelbar beim Eintreffen der Maschine gemacht haben.

Auf der Fregatte „Novara“ im Dock zu Pola ist, wie aus Triest, 3. d., gemeldet wird, ein Brand ausgebrochen, welcher vermuthlich gelegt wurde.

Auf der Bahnstrecke Sissek-Agram ist am 2. d. von frevlerischer Hand eine Strecke von 200 Klaftern Länge Schienen mit Steinen bedeckt worden, um die Transporte der Gränzer-Truppen verunglücken zu machen. Die Thäter sind noch unerforscht, doch vermuthet man, daß arbeitslose Italiener das Verbrechen verübt haben.

Deutschland.

Wie ernst man in Sachsen die Situation auffaßt, geht aus einer Mittheilung an die „Köln. Z.“ hervor, laut welcher die Schätze der königlichen Familie außer Landes, in London, in Sicherheit gebracht und drei Millionen Silber in der Weise längs der Eisenbahn postirt sein sollen, daß sie jeden Augenblick nach Baiern befördert werden können. An diese Nachricht von der Bergung der Familienschätze knüpft die „Köln. Ztg.“ eine für die Bundesglieder, die sich vor des Grafen Bismarck Triumphbogen nicht allsogleich in den Staub werfen, recht beherzigenswerthe Bemerkung. Sie sagt: „Wenn ein kleiner Staat mit Preußen Krieg anfängt, so wird er natürlich eingenommen, folglich eingezogen, und was zunächst eingezogen werden muß, sind die Güter und Schätze der regierenden fürstlichen Familie. Sie bieten sich als das nächste Mittel an, ohne die Unterthanen allzu stark zu belasten, die Kriegskosten herbeizuschaffen. Da sie der Regierungssorgen künftig enthoben sein werden, so können die fürstlichen Familien ja auch ohne Unbequemlichkeit in den Stand von Privatleuten zurücktreten.“ Derartige preußische Finanzspeculationen werden an den mittelstaatlichen Höfen ihren Eindruck nicht verfehlen und das unheimliche Gefühl nur noch vermehren, daß man sich von preußischer Seite eben auf Alles gefaßt machen müsse.

Bei der Ueberreichung der preußischen Note in Dresden soll Herr v. Beust den preußischen Gesandten Herrn v. Schulenburg gefragt haben, welcher Art denn die angedrohten Maßregeln sein sollen, ob sie sich nach Außen zeigen oder nur auf das Innere beschränken sollen. Diese Frage, in etwas maliciösem Tone vorgebracht, habe den preußischen Gesandten einigermaßen decontenancirt. Er erklärte sich außer Stande, hierüber Aufschluß zu ertheilen, glaubte jedoch, daß es sich nur um Maßregeln im Innern des Landes (Preußen) (!) handeln dürfte.

Das Wolff'sche Telegraphen-Correspondenz-Bureau hat jetzt die Mission, allerlei Beunruhigendes aus Oesterreich telegraphisch zu verbreiten. So bringen die Berliner Blätter heute Depeschen: 1. Aus Troppau, daß die Realschule geschlossen ist und das Gymnasium geschlossen wird, weil in beiden Anstalten Truppen einquartirt werden (!!!). 2. Aus Schlesien, daß die angesehenen Leute in Oesterreich selbst die Rüstungen gegen Italien nur als gegen Preußen gemeint betrachten!! 3. Aus Verona, daß Erzherzog Albrecht am 25. April dort eingetroffen ist und daß die Feindseligkei- am 6. Mai (wahrscheinlich Punct 12 Uhr) beginnen werden! — Noch heute hat bekanntlich der Erzherzog Wien nicht verlassen und der Unterricht in Troppau ist noch nicht einen Tag unterbrochen!

Der „Br. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet: In dem letzten Cabinets-Conseil wurde beschlossen, die Ausdehnung der Rüstungen und den Abbruch der Verhandlungen mit Oesterreich auszusetzen, bis der Neuner-Ausschuß den preußischen Antrag auf Bildung eines deutschen Parlaments verworfen haben werde. Diese Verwerfung ist durch die telegraphisch signalisirte Antwort Baierns, daß der Parlaments-Termin nicht eher beschlossen werden kann, bevor nicht der Inhalt des preußischen Reformplanes vorliegt, bereits außer Zweifel gestellt. Auch meldet die „Kreuzztg.“, daß die meisten deutschen Regierungen sich gegen eine vorherige Fixirung des Termins für Berufung eines deutschen Parlaments ausgesprochen haben.

Die „Kreuzzeitung“ vom 3. d. meldet: Heute Nachmittag 3 Uhr fand im Ministerium des Aeußern eine Conseilsitzung statt im Beisein des Königs und des Kronprinzen. Gestern fand kein Conseil statt. Die Mobilmachungsnachrichten sind jedenfalls verfrüht. Die bevorstehende Erweiterung der preußischen Rüstungen halten wir auch heute für wahrscheinlich.

In Preußen sind jetzt zwölf auswärtige Zeitungen verboten: „Zeitung für Norddeutschland“ (Hannover), „Reform“ (Hamburg), „Frankfurter Laterne“, „Wochenschrift des deutschen National-Vereins“ (Coburg), „Neue Frankfurter Zeitung“, „Neue Freie Presse“ (Wien), „Bund“ (Bern), „Wochenblatt der Newyorker Staatszeitung“, Wiener (alte) „Presse“, „Gartenlaube“ (Leipzig), „Hermann“ (London) und „Kolokol“ (Glocke, erscheint in London). Die beiden letzteren Blätter sind schon früher, die übrigen zehn erst unter dem jetzigen Ministerium verboten worden.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Wie verlautet, wird der Staats-Minister morgen bei Gelegenheit des Contingentgesetzes nicht nur die Forderung von 100.000 Mann für die Armee aufrecht erhalten, sondern auch den Antrag stellen, die Regierung zu ermächtigen, bei Bedarf zur Aushebung von weiteren 40.000 Mann zu schreiten. Sollte sich dies bestätigen, so wäre es eine Thatsache von unberechenbarer Tragweite. Sicher ist es, daß, je entschiedener die preußische Politik ihr gemeinsames Interesse mit der italienischen accentuirte, desto günstiger auch die Aufnahme wurde, die sie hier fand. — Es scheint beschlossene Sache zu sein, für den Kriegsfall die Ausstellung des Jahres 1867 zu verschieben. — Das Syndicat der Wechsel-Agenten, welches die Verpflichtung hat, im Nothfalle alle Differenzen aus Geschäften zu bezahlen, die von Wechsel-Agenten gegen die Erlaubniß à decouvert unternommen wurden, ist, wie man fürchtet, angeblich nicht mehr in der Lage, dieser Verpflichtung nachzukommen. Dies wäre allerdings für den Pariser Platz ein furchtbares Unglück. — Herr v. Lavalette hatte heute eine dreistündige Conferenz mit dem Kaiser.

Italien.

Aus Florenz, 3. Mai. Alle Blätter loben das Decret wegen der Bankbillets. Die Handelskammer hat über die die Bankbillets betreffende Maßnahme ihre Befriedigung ausgedrückt. Heutigen Nachrichten aus Neapel zufolge hat die dortige Börse die Verordnung wegen der Bankbillets mit einer Hausse begrüßt. Allenthalben finden patriotische Kundgebungen statt. Einer Kundmachung zufolge werden die Personen-Züge auf der Bahn von Mailand-Peschiera blos bis nach Desenzano verkehren.

Rußland.

Graf Baranoff ist von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander zum Gouverneur der Ostsee-Provinzen ernannt.

Ueber das Vorleben Karakosow's machen die Moskauer „Wiedomosti“ folgende Mittheilungen: In den Archiven der dortigen Universität befinden sich wirklich die Papiere dieses Verbrechers. Aus denselben geht hervor, daß er im Jahre 1861 an der Kasan'er Universität als Rechtshörer eingeschrieben war, aber schon im October desselben Jahres wegen einer Zusammenrottung gegen den Curator des Unterrichts-Districtes relegirt wurde. Im Herbst 1863 fand er neuerdings bei der Kasan'er Universität Aufnahme und trat erst im August 1864 aus dem Verbande derselben, aber auf eigenes Verlangen und obgleich er die Gebühren schon im Voraus entrichtet hatte. Im October desselben Jahres (1864) kam er nach Moskau und konnte die Aufnahme in die Universität erst über wiederholtes Ansuchen erlangen, nachdem der Kasan'er Universitäts-Curator erklärt hatte, daß dem Uebertritte nichts im Wege stehe. Auffallend ist der Umstand, daß die beiden Aufnahms-Gesuche nicht von derselben Hand sind. Eine größere Anzahl einvernommener Moskauer Studenten hat versichert, daß ihnen Karakosow gänzlich unbekannt sei, und daß er die Vorlesungen niemals besucht haben kann, auch zeigt es sich, daß er keine Prüfung gemacht hat. In der zweiten Hälfte des Jahres 1865 begab sich Karakosow mit Urlaub in das Saratower Gouvernement, kehrte jedoch nicht zurück und wurde wegen Nichtentrichtung der Gebühren relegirt. Seit 15. August 1865 war er ohne jede Legitimation, da seine Papiere bei der Universität zurückgeblieben waren und sich daselbst noch jetzt befinden.

Amerika.

Der Kaiser von Mexico hat, um die überbürdeten Staatsfinanzen zu erleichtern, freiwillig auf zwei Drittheile seiner Civilliste, welche 1,500,000 Piaster betrug, verzichtet. In ähnlicher Weise hat die Kaiserin Charlotte auf die Hälfte ihrer Dotation verzichtet. Diese Maßregel muß um so höher angeschlagen werden, als die Civilliste des jetzigen Kaisers jener gleichkommt, welche Iturbide vor 45 Jahren bezogen und das Geld seit jener Epoche bedeutend im Werthe gesunken ist. Die Dotation des Kaisers ist nunmehr 500.000 Piaster, jene der Kaiserin auf 100,000 Piaster herabgemindert. Diese beiden Summen repräsentiren einen Betrag von ungefähr 400,000 Gulden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 5. Mai.

* Die gestrige musikalische Soirée der Krakauer Liedertafel fand nach dem von uns mitgetheilten Programm statt, dessen einzelne Piecen mit Beifall, oft mit stürmischem Applaus aufgenommen wurden. Ihre Soiréen sind nie „Stunden der Täuschung“, aber hätten sie außer der Pflege des Männergesanges auch kein anderes Verdienst, als immer neue Talente, besonders die neu herangezogenen frisch sich entwickelnden, vorzuführen und den bekannten Gelegenheit zu geben, in zahlreicher Gesellschaft von Neuem anerkannt zu werden, so wäre schon dieses eine genug, der Liedertafel, deren Aufgabe die Harmonie, eine immer größere Sympathie zu erwerben. Das Sopran-Duett, das sich mit dem gern gehörten Baryton zu gelungenem Terzett vereinigte, die beiden Claviervorträge, in denen an 2 Clavieren erst vier, dann zwei Schülerinen des Chormeisters Hrn. Blaschke classische Schwierigkeiten mit graziöser Leichtigkeit überwanden, das Violin-Solo, das von der Hand des Künstler-Dilettanten Alard's Trovatore-Variationen zu Gehör brachte, bildete mit den drei Männerchören ein gefälliges Ensemble, das von Anfang bis zu Ende mit ungeschwächter Aufmerksamkeit goutirt wurde. Herr Blaschke war als Accompagnateur und Dirigent den ganzen Abend hindurch thätig.

* Die durch den Regen vom 1. d. gestörte Eröffnung des Schützengartens ist für heute Nachmittag nebst einem Concert der Musikcapelle des k. k. Hußarenregiments „Großfürst Nikolaus“ unter Direction des Capellmeisters Herrn Chlum angesagt. Im Frühböck'schen Salon spielt wie gewöhnlich an den Sonnabendconcerten heute der Capellmeister des k. k. Infanterie-Regiments „Erzherzog Joseph“ mit seiner Capelle, u. a. ein großes Potpourri aus der „schönen Helena“. Schlechtes Wetter läßt die Concerte im Schützengarten, wie Herr Remann aufündigt, jedesmal auf den folgenden Tag verschieben. Morgen die angekündigte Eröffnung des Tenczyner Gartens.

* Die Maiandachten des Marienmonats finden in den hiesigen Kirchen unter eifriger Theilnahme der Einwohner mit gewohnter Feierlichkeit statt. In der Marienkirche beginnen sie Abends um 6, in der St. Peterskirche um 7 Uhr. Gestern als am St. Florianstage nahm in der St. Florianskirche auf dem Kleparz der alljährliche Ablaß seinen Anfang, aus welchem Anlaß der bekannte Kanzelredner Propst Heinrich Księżarski aus Modlnica ebendort Nachmittags 5 Uhr eine Predigt hielt. In der Marienkirche gehen die nöthigen Vorbereitungen zu Beginn der eigentlichen Arbeiten um Restaurirung des Hochaltars ihren rüstigen Gang, so daß bei gleichem Fortschritt dieser der lange Termin bis zur Beendigung derselben, den man auf zehn Jahre auschlagen hört, bedeutend verkürzt werden dürfte. Das nach dem Plan der H. H. Dr. Th. Żebrawski und F. Księżarski aufgestellte Gerüst ist nahezu vollendet, eine Arbeit des Hrn. Vinc. Kołodziejski unter Leitung des letzt Vorhergenannten. Jene beiden Herren bereiten auch den Kostenanschlag und die Bedingungen des Concurses für die Tischlerarbeiten vor. Hr. Val. Rzewuski hat die Photographirung eines Theiles des Altars übernommen, die Techniker H. H. Titus Pilecki und Ernst Baudisch fertigen unter Leitung des Hrn. Wlad. Łuszczkiewicz die geometrischen Zeichnungen an. Zur Ausführung der Zeichnungen und zugleich zur Bewahrung der nöthigen Utensilien ist eine Kammer im Anbau bei dem Presbyterium nach der St. Barbarakirche zu eingerichtet worden. Die Kirchenaufsicht und Commission ad hoc halten häufige Sitzungen. Da viel an der Wahl guten Materials liegt, werden von ersterer Spenden an tauglichen Eichen und Lärchenfichten ebensogern angenommen als Geldbeiträge und mit solchen hat Hr. Niwicki aus Karlikówka bereits den Anfang gemacht, der durch Vermittlung H. Joh. Strożecki's dem Kirchencomité seine Bereitschaft erklären ließ, sechs Lärchenbaumpfosten einzusenden. Bei gleicher Ausdauer in Arbeit, gutem Willen und Freigebigkeit läßt sich eine glückliche Beendigung des schwierigen Unternehmens erhoffen.

* Am 28. v. Mts. gegen 3 Uhr Nachmittags brach in dem Niepolomicer Cameral-Walde, Revier Paszyna Feuer aus, welches bei dem ziemlich heftigen Luftzuge einen 10jährigen Bestand auf einer Fläche von beiläufig 35 Joch vernichtete. Die schnelle Hilfe der aus der Umgegend herbeigeeilten Landleute, namentlich aber das energische Einschreiten des in der Nähe des Brandes im Commissions-Dienste anwesend gewesenen Bezirksamtsadjuncten Balzar hat dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt gethan.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 4. Mai. Amtliche Preisnotirungen für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 53—78, gelber 52—73. Roggen 47—50. Gerste 37—48. Hafer 28—32, Erbsen 52—60. — Raps (per 150 Pfund Brutto) — — —, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) — — —. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) — — —.

Wien, 4. Mai, Nachm. 2 Uhr. Metalliques 52.60. — Nat.-Anl. 56.—. — 1860er Lose 67.10. — Bankactien 637. — Credit-Actien 119.80. — London 120.75. — Silber 122.—. — Ducat 5.91.

Frankfurt, 3. Mai. 5perc. Met. 44. — Anlehen vom Jahre 1859 51½. — Wien 98¼. — Bankactien 631. — 1854er Lose 51. — Nat.-Anlehen 47⅜. — Cred.-Actien 119. — 1860er Lose 57⅝. — 1864er Lose 56. — 1864er Silber-Anlehen fehlt. — American. 71⅝. — Staatsbahn fehlt.

Paris, 3. Mai. Course von 1 Uhr Mittags: 3percentige Rente 65.20. — Credit-Mob. 567. — Lombard 340. — Staatsbahn fehlt. — Piem. Rente 43.—. — Oesterr. Anl. 281. — Consols 86⅝.

Paris, 3. Mai. Schlußcourse: 3percentige Rente 65.02. — 4½perc. Rente 94.—. — Staatsbahn 310. — Credit-Mobilier 555. — Lombard 332. — Oesterr. 1860er Lose fehlt. — Oesterr. Anleihe 285.—, 282.50 — Piemont. Rente 43.15.

Paris, 3. Mai. (Neuester Bankausweis). Vermehrt: Der Barfonds um 9½, das Portefeuille um 31⅜, die Billets um 11⅕, verschiedene Contis um 36⅜ Mill.; vermindert: der Tresor um 14⅜ Mill. Francs.

Abends: Auf dem Boulevard wird 3perc. Rente 65.40, piem. Rente 44 gehandelt. Fest, auf die Nachricht von einer Depesche Lamarmora's, welche sagt, daß Italien Oesterreich nicht angreifen werde.

London, 3. Mai. Schlußconsol. 86¾. — Lomb. Eisenbahn-Actien 13⅜. — Anglo-Oesterr. —. — Türkische Consols —. — Silber 61¼. — Wien fehlt.

London, 3. Mai. Die Bank hat den Discont von 6 auf 7 Percent erhöht. Consols 86½ bis 86⅝.

London, 3. Mai. Wochenausweis: Notenumlauf 22,872.770 Pf. St. (Zunahme 711.655 Pf. St.), Barvorrath 13,509.140 Pfd. St. (Abnahme 246.636 Pf. St.), Notenreserve 4,839.250 Pfd. St. (Abnahme 1,004.955 Pfd. St.).

London, 3. Mai. Die Bank hat den Discont auf 7 Procent erhöht.

Amsterdam, 3. Mai. Dort verzinsl. 66½. — 5perc. Met 44¼. — 2½perc. Met. 22¾. — Nat.-Anl. 47⅜. — Silber-Anlehen 51⅝. — Wien 95. — Entschieden besser.

Hamburg, 3. Mai. Nat.-Anl. —. — Credit-Act. 51. — 1860er Lose 56½. — Wien fehlt.

Liverpool, 3. Mai. (Baumwollmarkt.) Umsatz 6.000 Ballen. — Orleans 14¼. — Fair Dholl. 11. — Middl. Fair Dholl. 9¼. — Middl. Dholl. 8½. — Bengal 7¾. — Domra —. — Georgia —. — Aegypten —. — Pernam —.

Lemberg, 2. Mai. Holländer Ducaten 5.30 Geld, 5.39 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.33 Geld, 5.52 W. — Russischer halber Imperial 9.15 G., 9.35 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.72 G., 1.78 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.33 G., 1.35 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.66 G., 1.72 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup 59.30 G., 60.13 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup 62.39 G., 63.13 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 58.08 G., 59.— W. — National-Anlehen ohne Coup. 56.67 G. 57.92 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 130.50 G. 133.50 W.

Krakauer Cours am 4. Mai. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 118 verl., 115 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 130 verl. 127 gez. — Poln. Pfandbriefe ohne Coupons fl. p. 100 fl. pol. 83½ verlangt, 81½ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 494 verl., 480 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 139 verl., 135 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 179 verl., 175 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 88 verl., 86 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 119 verl., 117 bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.80 verl. 5.60 bez. — Napoleondors fl. 9.65 verl., fl. 9.40 bez. — Russische Imperials fl. 9.85 verl., fl. 9.60 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 61.50 verl. 59.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 64.50 verl., 62.50 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 57.25 verl. 55.25 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 135.— verl., 130.— bez.

Neueste Nachrichten.

Pest, 4. Mai. „Magyar Vilag“ sagt, die Treue, die Ritterlichkeit und der Selbsterhaltungstrieb ermahnen die ungarische Nation, daß sie, ohne auf ihre berechtigten Forderungen zu verzichten, ja diese vorbehaltend, bis das Werk der Umgestaltung in Erfüllung gehen kann, zum Schutze der Nation herbeieile. Die durch die pragmatische Sanction gebotene gemeinschaftliche Vertheidigung allein ist es, durch welche wir unsere Pflicht gegen Sr. Majestät und das Vaterland in einem Augenblicke wie der gegenwärtige abtragen können.

Berlin, 4. Mai. (Das Correspondenzbureau erklärt, daß ihm diese Depesche nachträglich und verspätet zugegangen sei.) Der „Staats-Anzeiger“ schreibt: Uebereinstimmende Nachrichten lassen nicht mehr bezweifeln, daß die bisher successiv eingeleitete Mobilmachung der österreichischen Armee binnen Kurzem vollendet ist. Sollte die vom Generalcommando des 6. Armeecorps gemeldete Nachricht, daß täglich große Truppentransporte in Prag eintreffen, sich bestätigen, so würde folgen, daß der Truppentransport zur Versammlung einer österreichischen Armee an unserer Gränze begonnen hat.

Dresden, 3. Mai (Nachts). Das „Dresdner Journal“ dementirt die Nachricht, Sachsen habe Oesterreich zu Rüstungen aufgefordert und angespornt. Die Rüstungsfrage sei zwischen Dresden und Wien nicht erörtert worden.

Paris, 3. Mai. Im gesetzgebenden Körper wurde die Debatte über das jährliche Militärcontingent eröffnet. Aus diesem Anlaß erklärt Staats-Minister Rouher inmitten lebhafter Beifallsbezeugungen, daß in den gegenwärtigen Verhältnissen sich die Politik der Regierung in folgenden drei Puncten zusammenfassen läßt: Friedliche Politik, loyale Neutralität und vollständige Freiheit der Action. Wenn Italien Oesterreich angreift, hat die Regierung der italienischen Regierung wiederholt erklärt, wird die Verantwortlichkeit hiefür ihr ganz und gar zufallen. Gegenwärtig spricht Thiers.

Die auf die schwebendenden politischen Fragen bezüglichen Erklärungen, welche Staatsminister Rouher heute in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers abgegeben, lauten ausführlich:

Die Regierung könnte heute eine Erörterung über die Angelegenheiten Deutschlands nicht annehmen, ohne sich schweren und zahlreichen Unzukömmlichkeiten auszusetzen. Aber angesichts der Erregtheit der öffentlichen Meinung müsse sie den Charakter der von ihr befolgten Politik zu erkennen geben. Rouher constatirt die Bemühungen Frankreichs für die Erhaltung des Friedens, welche nur durch den festen Willen begränzt waren, Frankreich keine Verpflichtung eingehen zu lassen und dessen Freiheit der Action aufrecht zu erhalten. In den Fragen, welche nach allem die Ehre, Würde und Interessen Frankreichs nicht berühren, war es die Pflicht der Regierung, die Richtschnur einer loyalen Neutralität zu befolgen.

Die Regierung hat beschlossen, ihre Freiheit der Action nur dazu zu benützen, um die Macht, Sicherheit und Freiheit Frankreichs gegen jeden Eingriff zu schützen. Besondere Pflichten lagen uns bezüglich Italiens ob. Italien kann sich berufen glauben, in dem Conflicte zwischen Preußen und Oesterreich thätig einzugreifen. Jede Nation ist Richterin ihrer Interessen; wir beanspruchen keinerlei Vormundschaft über Italien zu üben, welches frei in seinen Entschließungen ist, weil es allein für dieselben verantwortlich ist. Aber das Interesse, welches wir demselben widmen, verpflichtete uns, uns kategorisch zu erklären. Italien weiß, daß ebenso, wie wir entschieden jeden Angriff Oesterreichs auf dasselbe mißbilligen würden, wir formell auch beschlossen haben, das Risico und die Gefahren jeder gegen Oesterreich gerichteten Aggression desselben ihm ganz allein zu überlassen.

Die Erklärung der Regierung lautet daher auf eine friedliche Politik, loyale Neutralität und volle Freiheit der Handlung.

Ein Pariser Telegramm der „N. Fr. Pr.“ vom 3. d. meldet: Die von Rouher in der heutigen Kammersitzung nicht vorgelesenen Depeschen sollen demnächst veröffentlicht werden. Der Congreßgedanke ist noch nicht aufgegeben. Gladstone ist hier angekommen.

Paris, 3. Mai, Nachts. [Sitzung der gesetzgebenden Versammlung. Fortsetzung der Debatte.] Thiers greift die Haltung Preußens an und verlangt, daß Frankreich ein energisches Veto nach Berlin und Florenz sende. Jules Favre erklärt der Rede Thiers' vollständig beizustimmen mit Ausnahme eines Vorbehaltes bezüglich Italiens. Staatsminister Rouher verlangt im Namen der Regierung, daß diese Debatte über die Angelegenheiten Deutschlands nicht fortgesetzt werde. Er kündigt an, daß einer telegraphischen Meldung zufolge Italien sich verpflichte Oesterreich nicht anzugreifen. Ollivier verzichtet auf das Wort. Der Gesammtentwurf des Gesetzes über das Militärcontingent wird mit 248 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die „Patrie“ sagt: Die Rüstungen Sachsens seien viel beträchtlicher, als man glaube.

„Pays“ veröffentlicht eine Correspondenz aus Florenz, welche behauptet, Preußen habe bereits seit 2 Monaten einen Vertrag mit Italien abgeschlossen, welchem zufolge es 200 Millionen zur Verfügung Italiens stellt, wovon die Hälfte bereits flüssig gemacht wurde. Preußen steht derart hinter Italien, daß letzteres die genauesten Berichte über die Bewegungen der österreichischen Truppen von Preußen erhält.

Paris, 4. Mai. („N. fr. Pr.“) Man spricht neuerdings wieder von einem Congresse zur Schlichtung der schwebenden Differenzen; England soll dem Plane beipflichten; mehrere Journalstimmen zu Gunsten des Congresses werden laut.

Florenz, 3. Mai. Die Nachricht, die Flotte hätte Genua verlassen, ist falsch. Admiral Persano wird das Commando über die Flotte, welche für alle Ereignisse gerüstet ist, übernehmen.

Bukarest, 3. Mai. Die in den Städten gewählten Deputirten gehören theils der Bojaren-, theils der radicalen Partei an. Nur in Bukurest selbst hat die letztere Partei den Sieg allein davongetragen. Voraussichtlich wird das liberale Bojarenthum in der legislativen Versammlung die Majorität für sich haben.

Triest, 4. Mai. Nachrichten aus Bombay zufolge verweigert die ostindische Regierung die Intervention in den afghanischen Angelegenheiten.

Ueberlandspost (in Triest eingetroffen am 1. d.). Bombay, 13. April. Die vom Könige Theodor freigelassenen abyssinischen Gefangenen treffen nächstens in Aden ein. — Der Radschah von Nya Krun in China hat eine starke Armee gesammelt, um Tibet anzugreifen und sich des Thrones von Zosta zu bemächtigen; Sidar Anzin Khan soll sich in den Besitz Cabuls gesetzt haben; vom Emir ist, seit derselbe Candahar verlassen, keine Nachricht eingetroffen. Die Russen sollen von den Truppen des Königs von Bokhara geschlagen worden sein.

Levantepost. Athen, 28. April. In den Gränz-Provinzen kommen wieder Räubereien vor; sonst herrscht fast überall Ruhe.

Constantinopel, 28. April. Mahomet Ali-Pascha wurde zum Großadmiral ernannt.

Corfu. Hier liegt eine englische Corvette und ein türkisches Kanonenboot. Eine italienische Panzerfregatte ist von hier abgegangen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 4. auf den 5. Mai.

Angekommen sind die Herrn Gutsbesitzer: Graf Worcel aus Volhynien, Graf Władysław Wodzicki aus Polen, Joh. Zieliński aus Galizien.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Władysł. Jędrzejowicz nach Rzeszow, Anton Dobczyński nach Pastyn.

Amtsblatt.

Z. 8139. Ankündigung. (452. 3)

Zur Sicherstellung der Conservations-Erfordernisse für die Jahre 1866, 1867 und 1868 im Tarnower Straßenbaubezirke in den Wegmeisterschaften Dunajec und Tarnow vereint, Pogorska wola, Pilzno und Jaworze wird am 22. Mai 1866 beim Tarnower Kreisvorstande eine Offerten-Verhandlung vorgenommen werden.

Die Grundlage der Offerten-Verhandlung bildet das Einheits-Preisverzeichniß nebst den allgemeinen technischen und administrativen, dann den speciellen Bedingnissen, daher die Anbote mit Rücksicht auf die Bestimmungen dieser Behelfe zu stellen sein werden.

Die Anbote können für den ganzen Bezirk oder einzeln für die 4 Wegmeisterschaften gestellt werden. In den vorschriftsmäßig markirten Offerten, welche an dem obbezeichneten Tage längstens bis 12 Uhr Mittags beim benannten Kreisvorstande zu überreichen sind, muß der Percentnachlaß oder allenfalls der verlangte Percentzuschlag gegen die im Einheitspreisverzeichnisse eingetragenen Preise bestimmt, deutlich, ohne Correctur, mit Ziffern und Buchstaben ausgedrückt werden.

Die Offerte muß die Caution in nachstehenden Beträgen enthalten, und zwar:

		fl.
1.	Für die Wegmeisterschaft Dunajec und Tarnow vereint	250
2.	Für die Wegmeisterschaft Pogorska wola .	50
3.	Für die Wegmeisterschaft Pilzno	200
4.	Für die Wegmeisterschaft Jaworze	100
	Zusammen	600

Das Einheitspreis-Verzeichniß nebst den vorerwähnten Bedingnissen können jederzeit beim k. k. Kreisvorstande in Krakau eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit aufgefordert, sich bei dieser Verhandlung zu betheiligen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 23. April 1866.

Z. 8555. Kundmachung. (453. 3)

Wegen Sicherstellung der im Jahre 1866 erforderlichen Conservations-Herstellungen für den Makower Straßenbaubezirk wird am 16. Mai 1866 bei dem Makower k. k. Bezirksamte eine Offerten-Verhandlung vorgenommen werden.

Das diesfällige Erforderniß beköstiget für die

Makower Wegmeisterschaft	1288 fl.	84	kr.
Jordanower "	1234 fl.	7½	kr.
Mszanaer "	1131 fl.	76½	kr.
Spytkowicer "	139 fl.	20	kr.
Zusammen . .	3793 fl.	88	kr.

Die Anbote können entweder für den ganzen Bezirk, oder nach einzelnen Wegmeisterschaften gestellt werden.

In den vorschriftsmäßig gestempelten Offerten, welche am obbezeichneten Tage längstens bis 12 Uhr Mittags bei dem genannten Bezirksamte zu überreichen sind, ist der Procentennachlaß, oder beziehungsweise der Procentenaufschlag gegen die Fiskalpreise, deutlich, ohne Correctur, mit Ziffern und Buchstaben auszudrücken, und sind die Offerten mit dem 10perzentigen Vadium zu belegen.

Die bezüglichen Kostenüberschläge, dann die allgemeinen und speciellen Bedingnisse können jederzeit entweder bei dem genannten Bezirksamte, oder bei dem dortigen Straßenbaubezirksamte eingesehen werden.

Auf nachträgliche Anbote wird keine Rücksicht genommen werden.

Unternehmungslustige werden aufgefordert, sich bei dieser Verhandlung zu betheiligen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 26. April 1866.

Z. 5221. Ankündigung. (456. 3)

Zur Sicherstellung der Conservations-Erfordernisse für die Jahre 1866, 1867 und 1868 im Podgórze'r Straßenbaubezirke in den Wegmeisterschaften Myślenice, Izdebnik, Krakau, Podgórze, Wieliczka und Podłęże wird am 16. Mai 1866 beim Krakauer k. k. Kreisvorstande eine Offertenverhandlung vorgenommen werden.

Zur Grundlage der Offerten-Verhandlung wird bloß ein Einheits-Preisverzeichniß nebst den allgemeinen technischen und administrativen, dann den speciellen Bedingnissen angenommen, dagegen die Anbote mit Rücksicht auf die Bestimmungen der vorerwähnten Behelfe zu stellen sein werden.

Die Anbote können nach einzelnen Wegmeisterschaften oder für den ganzen Bezirk gestellt werden. In den vorschriftsmäßig markirten Offerten, welche an dem obbezeichneten Tage längstens bis 12 Uhr Mittags beim benannten Kreisvorstande zu überreichen sind, muß der Procent-Nachlaß, oder allenfalls der verlangte Procentaufschlag gegen die im Einheitspreis-Verzeichnisse eingetragenen Preise bestimmt, deutlich ohne Correctur mit Ziffern und Buchstaben ausgedrückt werden.

Die Offerte muß die Caution in nachstehenden Beträgen enthalten, und zwar:

1.	für die Wegmeisterschaft Myślenice . . .	80 fl.
2.	" " " Izdebnik . . .	150 fl.
3.	" " " Krakau . . .	20 fl.
4.	" " " Podgórze . . .	120 fl.
5	" " " Wieliczka . . .	50 fl.
6	" " " Podłęże	80 fl.
	Zusammen .	500 fl.

Das Einheitspreis-Verzeichniß nebst den vorerwähnten Bedingnissen können jederzeit beim k. k. Kreisvorstande in Krakau eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit aufgefordert, sich bei dieser Verhandlung zu betheiligen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission..

Krakau, am 25. April 1866.

Z. 11885. Kundmachung. (459. 1-3)

Im Lemberger Verwaltungsgebiete ist die Rinderpest in der ersten Hälfte April in 4 Ortschaften erloschen, und in 3 Ortschaften ausgebrochen.

Es werden noch 12 Seuchenorte im Ausweise geführt, und zwar: 6 im Stanislauer, 3 im Tarnopoler, je 1 im Czortkower, Brzeżaner und Stryjer Kreise.

Diese ämtliche Mittheilung wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 1. Mai 1866.

Z. 11493. Kundmachung. (460. 1-3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat mit dem Erlasse vom 17. d. M. Z. 4793 den Ausbau des 3. Intervalls der Spytkowice-ungarischen Staatsstraße zwischen Łubień und Krzeczów genehmigt.

Wegen Hintangabe sämmtlicher diesfälligen Bauherstellungen im öffentlichen Ausbietungswege, wird Dinstag den 29. Mai 1866 im Bureau des scientifisch-technischen Departements dieser Statthalterei-Commission eine öffentliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Hievon werden die Unternehmungslustigen mit dem Bemerken verständigt, daß die sämmtlichen in der Fiskalsumme von 39.980 fl. 60 kr. ö. W. berechneten Bauausführungen summarisch nur an eine Unternehmung hintangegeben werden und daß sonach eine Trennung nach einzelnen Arbeitskategorien nicht Statt findet.

Gehörig verfaßte und markirte mit dem 10% Vadium der Anbotssumme belegten Offerte, in welchen der Procentennachlaß deutlich und ohne Correctur sowohl in Ziffern als in Buchstaben angegeben und die Bemerkung enthalten sein muß, daß dem Antragsteller sowohl die allgemeinen als die speciellen Baubedingnisse bekannt sind, und sich derselbe solchen unterziehen will, können bis zum Tage der Offertverhandlung bei der h. o. Hilfsämter-Leitung, am Tage der Verhandlung selbst aber bis 11 Uhr Vormittags der diesfälligen Commission im Bureau des Bau-Departements übergeben werden.

Nach 11 Uhr Vormittags des 29. Mai 1866 wird kein diesfälliges Offert weiter angenommen oder berücksichtigt werden. Die näheren Bedingnisse, so wie das Bauoperat, können im Bau-Departement eingesehen werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 30. April 1866.

Z. 11059. Verzeichniß (437. 3)

der arithmetisch-geordneten 155 Nummern, welche in der am 16. April 1866 vorgenommenen sechzehnten Verlosung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen gezogen worden sind.

Obligations-Nummern:

27 74 106 337 419 653 838 913 1294 1438 1801 1853 1870 1881 1902 2104 2144 2521 2522 2637 3204 3231 3630 3665 3842 3910 4168 4191 4412 4450 4578 4663 4688 4746 4787 4877 5212 5364 5399 5911 5975 6060 6093 6180 6254 6258 6274 6462 6479 6518 6643 6679 6794 6808 6892 6922 7002 7066 7169 7195 7234 7267 7332 7345 7490 7529 7664 7956 8029 8148 8232 8453 8515 8585 8621 8633 8792 8873 9148 9187 9319 9325 9363 9529 9834 9866 10046 10066 10161 10240 10282 10318 10443 10934 10935 10943 11085 11102 11516 11559 11847 11964 11967 12045 12122 12229 12243 12311 12316 12346 12755 12779 12797 12840 12848 12949 13027 13163 13433 13645 13755 13945 14013 14225 14297 14423 14554 14847 14888 15110 15143 15155 15227 15288 15495 15593 15685 15994 16213 16334 16348 16519 16650 16701 16726 16905 16928 16940 17015 17059 17120 17368 17569 17688 17851.

Verzeichniß

der arithmetisch-geordneten 28 Nummern, welche in der am 16. April 1866 vorgenommenen siebzehnten Verlosung der Prioritäts-Actien der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn gezogen worden sind.

Prioritäts-Actien-Nummern:

43 53 311 571 628 671 956 1132 1347 1528 1790 1895 1913 1955 2184 2445 2465 2659 2683 2782 2864 2917 3154 3205 3359 3368 3464 3546.

Ausweis

über die in den Jahren 1863, 1864 und 1865 verlosten Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen und Prioritäts-Actien, welche bisher zur Rückzahlung nicht producirt worden sind.

Obligationen.

a) Verlost am 16. April 1863:

Nr. 9585.

b) Verlost am 16. April 1864:

Nr. 3402 6975 16005 16257 17198.

c) Verlost am 15. April 1865:

Nr. 352 3747 5164 5345 5452 6436 7218 7219 7549 8362 8600 8862 12162 13056 13331 14313 16242 17288.

Prioritäts-Actien.

Verlost am 16. April 1864:

Nr. 3225.

Verlost am 15. April 1865:

Nr. 176 226 229 384 386 436 468 569 640 1234 1943 2398 2871.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krakau, am 23. April 1866.

Nr. 11058.

Jahr 1866.

Zehnte Verlosung

der Serien und Gewinn-Nummern des Prämien-Anlehens vom J. 1864 pr. **40,000.000** Gulden, welche am 16. April 1866 Statt gefunden hat.

Verzeichniss

der verlosten **10** Serien und der in denselben enthaltenen Gewinn-Nummern der Prämienscheine, auf welche ein Gewinnst-Betrag von mehr als **140** Gulden entfällt.

Nummern der verlosten Serien:

474. 690. 867. 1044. 1737. 1976. 2323. 2867. 2940. 3909.

Von diesen verlosten Serien entfällt auf die in der:

Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein Nummer	ein Gewinn von Gulden
474	14	400	1737	24	15000	2867	32	400
	39	500		26	400		53	5000
	61	500		33	500		72	400
	84	500		52	400	2940	4	400
	92	400		64	2000		72	400
	93	400		70	400	3909	16	500
690	19	500		76	1000		23	400
	30	400		93	400		33	500
	33	2000	1976	45	400		40	400
	61	400		73	400		43	500
	63	500		76	1000		47	400
	75	1000		82	500		54	1000
	92	400		91	1000		59	220000
867	51	500		99	500		71	400
1044	8	400	2323	5	400		77	5000
	36	5000		44	500		84	2000
	57	400		45	1000		85	400
	69	400		94	500		89	500
1737	2	400		97	10000		96	400
	20	400	2867	10	400		100	400

Auf alle oben nicht angeführten Gewinn-Nummern der Prämienscheine, welche in den verlosten Serien enthalten sind, entfällt der geringste Gewinn von **140** Gulden.

Die Rückzahlung der planmäßigen Prämien erfolgt am 16. Juli 1866.

Verzeichniss

jener verlosten Serien des Prämien-Anlehens vom Jahre 1864, aus welchen Prämienscheine bis Ende März 1866 zur Einlösung noch nicht beigebracht worden sind.

1. Verlosung Nr. 317. — 2. Verlosung Nr. 922, 1082. 1752. — 3. Verlosung Nr. 414, 813, 1309, 1528, 1892, 2571. — 4. Verlosung Nr. 96, 564, 757, 1577, 2312. — 5. Verlosung Nr. 1234, 1492, 1868, 3141, 3900. — 6. Verlosung Nr. 161, 290, 1269, 1484, 3483. — 7. Verlosung Nr. 169, 1160, 1504, 1740, 2681. — 8. Verlosung Nr. 226, 685, 1257, 1640, 1662.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 23. April 1866. (435. 3)

N. 1020. Ogłoszenie licytacyi. (457. 3)

C. k. Urząd powiatowy w Mielcu podaje do powszechnéj wiadomości, iż celem wydzierżawienia na przeciąg trzech lat, poczynając od dnia 24 czerwca 1866 do tegóż 1869 folwarku Jaślany wraz z prawem propinacyjném w Jaślanach, Bugaju i Plutach, odbędzie się w dniu 16 maja 1866 w miejscu Jaślanach o godzinie 11 przed południem publiczna licytacya.

Na pierwsze wywołanie ustanawia się cena w kwocie 969 złr. w. a. Wadyum wynosi 100 złr. w. a.

Warunki licytacyi mogą być przejrzane w c. k. Urzędzie powiatowym.

Z c. k. Urzędu powiatowego.

Mielec, 25 kwietnia 1866.

Z. 3918. Kundmachung. (451. 3)

Zufolge des hohen Ministerial-Erlasses vom 10. April l. J. Z. 2656/617 dürfen Frankirungszeichen, welche aus gestempelten Brief-Couverts herausgeschnitten sind, zur Frankirung der Briefe nicht benützt werden, daher derlei, auf Briefe übertragene Couvertstempel als nicht vorhanden, werden betrachtet werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Lemberg, am 27. April 1866.

Wiener Börse-Bericht

vom 3. Mai.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	46.75	47.25
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli .	55.75	56 25
vom April — October	55.25	55.75
Metalliques zu 5% für 100 fl.	52.25	52.75
dtto „ 4½% für 100 fl.	44.25	44 75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	110.—	112.—
„ 1854 für 100 fl.	—.—	62.—
„ 1860 für 100 fl.	69.—	70.—
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.. .	55.70	55.90
„ „ „ „ zu 50 fl.. .	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16 —
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	77.—	79.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	75.—	77.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	82.—	84.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	98.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. .	82.—	86.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	58.75	59.75
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. . . .	56.75	57 50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	60.—	62.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	56.—	57.—
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. . . .	53.25	53.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	55.—	56.—
Galiz. Landessch. v. 1866 rückz. zu 7% für 100 fl.	—.—	—.—
Actien (pr. St.)		
der Nationalbank	608.—	612.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W. . . .	118.80	119 20
der Niederöst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	—.—	500.—
der Kaif. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. . .	1355.	1360.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	146.—	146.20
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr. . .	154.—	156.—
der Kaif. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM. . .	94.—	96.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. .	132.50	133.50
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	56.—	57.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	119.—	120.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM. .	77.—	79.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	396.—	398.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM. . .	90.—	100.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	—.—	310.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM. .	—.—	310.—
Pfandbriefe		
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. . .	104.50	105.—
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl. . .	81.90	82.10
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. . .	78.—	78.50
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl. .	—.—	60.—
Lose		
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W. . . .	86.—	87.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM. .	—.—	76.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM. . .	—.—	108.—
„ „ „ zu 50 fl. CM. . .	—.—	47.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W. . . .	—.—	22.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	—.—	60.—
Salm zu 40 fl. „	—.—	25.—
Palffy zu 40 fl. „	—.—	21.—
Clary zu 40 fl. „	—.—	21.—
St. Genois zu 40 fl. „	—.—	21.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	—.—	15.—
Waldstein zu 20 fl. „	—.—	17 50
Keglevich zu 10 fl. „	—.—	13.—
K. k. Hospitalfond zu 10 fl. österr. Währ. . .	10.50	11.—
Wechsel. 3 Monate.		
Bank- (Platz-) Sconto		
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5½%. .	100.50	100.75
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5%. .	100.50	100.75
Hamburg, für 100 M. B. 6%.	88.50	89.—
London, für 10 Pf. Sterl. 6%.	118.75	119.25
Paris, für 100 Francs 3½%.	47.60	47.70

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten . .	5	65	5	70	5	72	5	74
„ vollw. Dukaten . .	5	65	5	70	5	72	5	74
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	9	59	9	63	9	62	9	64
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	80	9	85
Vereinsthaler	—	—	—	—	1	77½	1	78½
Silber	119	50	—	—	118	50	119	50

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**